

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 6

Artikel: Die kanadische Arbeiterbewegung
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337032>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schaften in den «erfolgreichen» Industrien akzeptieren, daß verhältnismäßige Lohnerhöhungen nur in solchen Fällen erfolgen können, wo Produktionserhöhungen relativ gering sind, denn sonst würde das zu solch klaffenden Lohnunterschieden zwischen den expansiven und den «weniger erfolgreichen» Industrien führen, daß die Arbeiter der letzteren mit einigem Recht sich zu Streikaktionen veranlaßt sähen. Diejenigen Überschüsse der erfolgreichen Industrien, die aus diesem Grunde nicht zur Lohnzahlung gelangen, werden in Form von Preisreduktionen dem Konsument zugute kommen. Wenn der Mechanismus arbeitet, werden im Laufe der Zeit die «weniger Erfolgreichen» merken, daß die Preise der andern, aber nicht die von ihren Produkten, ständig fallen, was sich in einer Verlagerung der Nachfrage auswirkt. Dies ist der gewünschte Effekt.

Wenn wir anerkennen, daß Veränderungen des Profitanteils gleichmäßige Veränderungen des Anteils der Reallöhne bedingen, sehen wir auf der andern Seite, daß wenn wir den Profitanteil auf ein bestimmtes Niveau fixieren, die Reallöhne im selben Ausmaß steigen wie die Produktivität: Die Früchte des technischen Fortschritts und der Mechanisation werden immer dem Arbeiter zukommen!

J. W. BRUEGEL

Die kanadische Arbeiterbewegung

Das Flugzeug London—Montreal mußte unvorhergesehen in Labrador landen, um Benzin zu tanken. Von hier nach Montreal, sagte man uns, würde der Weiterflug noch dreieinhalb Stunden dauern. Dreieinhalb Stunden? Da muß es ja noch weiter sein als die Flugstrecke London—Wien! Und dann ist man immer erst im östlichsten Zipfel Kanadas angelangt. Schon das erste Zusammentreffen mit der kanadischen Wirklichkeit vermittelt wenigstens einen kleinen Begriff von der ungeheuren Ausdehnung des Landes – und von den Schwierigkeiten, die sich daraus für den Aufbau einer organisierten Arbeiterschaft ergeben. Vom westlichsten Punkt des Landes (Prince Rupert am Stillen Ozean) bis zum östlichsten (St. John's am Atlantischen Ozean) sind es mehr als 7000 Kilometer, also etwa die Entfernung von Lissabon zum Ural. Nicht einmal die Vereinigten Staaten haben eine solche West—Ost-Ausdehnung: dort beträgt der Zeitunterschied von West bis Ost vier Stunden, in Kanada viereinhalb Stunden. Keine andere demokratisch-sozialistische Partei hat ein territorium so ausgedehntes Wirkungsfeld wie die kanadischen Sozialisten, die fast überall im Lande, im äußersten Westen, im äußersten Osten und in den unwirtlichen nördlichen Regionen ihre Positionen besitzen.

Wenn man dazu bedenkt, daß es eine sozialdemokratische Bewegung in Kanada erst seit einem Vierteljahrhundert gibt, kann man erst die Größe des in dieser kurzen Zeitspanne Erreichten ermessen. Isolierte sozialistische Abgeordnete hat es im kanadischen Bundesparlament schon in den zwanziger Jahren gegeben, aber der Beschluß, unter dem Namen «*Co-operative Commonwealth Federation*» (CCF) eine politische Partei der Arbeiter, Bauern und «kleinen Leute» zu gründen, stammt erst aus dem Jahre 1932. Ein Jahr später hat sich die Partei ein in jeder Beziehung auch heute noch höchst bemerkenswertes Programm (das «*Manifest von Regina*») gegeben, das einen Plan des Neuaufbaus Kanadas nach den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus enthielt. Diesem Programm, das nach Planwirtschaft, Sozialisierung des Kreditsystems, des Verkehrs und der Industrie, Steuergerechtigkeit und Sozialisierung des Gesundheitswesens ruft, ist die Partei mit einer heute selten gewordenen Orthodoxie treu geblieben. Das Programm von Regina ist erst 1956 durch das «*Manifest von Winnipeg*» ergänzt worden, das dem beliebten Spießbürgerargument von den «bolschewistischen Tendenzen» der Sozialdemokratie den Boden abgraben soll: hier wurde ausgesprochen, was natürlich vorher auch nicht zweifelhaft sein konnte, daß die CCF nicht daran denke, die Familienfarmen, die Häuser oder die kleinen Geschäfte zu verstaatlichen oder die Sparguthaben zu konfiszieren. «Die CCF glaubt daran», heißt es hier, «daß in einem Staate, in dem die Wirtschaft planmäßig aufgebaut ist, Raum für Privatbesitz ist, solange dieser nicht zu Monopolkapitalismus wird.» Monopolistische Unternehmungen, wie die Trans-Canada-Pipeline, müßten in den Besitz des Volkes übergehen.

Die CCF ist also, wenn sie auch aus historischen Gründen an ihrem alten Namen festhält, der den genossenschaftlichen Gedanken unterstreicht, eine durch und durch sozialdemokratische Partei, die die Ideale des demokratischen Sozialismus unter den besonderen kanadischen Verhältnissen zu verwirklichen sucht. Bemühungen, den Namen der Partei auf «Sozialdemokratische Partei Kanadas» zu ändern, führten zu dem Beschluß, diese Bezeichnung für den französischen Sprachbereich zu verwenden, zumal sich eine wörtliche Übersetzung des englischen Parteinamens ins Französische als unmöglich erwies. Es ist auch insofern eine echt sozialdemokratische Partei, als sie ihre Ideologen und ihre Praktiker, ihren mehr gewerkschaftlich orientierten Flügel hat, ihre Intellektuellen und alles, was sonst noch dazu gehört. Sie ist – das ist ihre Besonderheit, von der noch die Rede sein soll –, eine Koalition vorzüglich von Bauern und Arbeitern.

Ähnlich etwa wie in der Schweiz, ist auch die kanadische Politik durch die völlige Trennung zwischen dem, was sich auf Bundesebene abspielt, und dem charakterisiert, was in die Kompetenz der zehn Provinzialregierungen und -parlamente gehört. (abgesehen von den Nordwestgebieten und Yukon, die von Ottawa, der Bundeshauptstadt, aus verwaltet werden). Es kommt sehr

häufig vor, daß bei den Wahlen ins Bundesparlament in einer Provinz eine Partei siegt, die bei Provinzialwahlen unterlegen ist. Die CCF ist davon weniger betroffen, da sie sowohl die Provinzialregierung von Saskatchewan stellt als auch bei allen Parlamentswahlen sich dort als die stärkste Partei erweist. Aber sie trägt dem Prinzip der Dezentralisierung voll Rechnung: das Bundessekretariat im Woodsworth-House (nach dem Parteigründer J. S. *Woodsworth* genannt) in Ottawa ist eine sehr bescheidene Angelegenheit und weit kleiner als das Sekretariat für die am stärksten industrialisierte Provinz Ontario in Toronto. Die von M. J. *Goldwell*, einem in England geborenen Lehrer, geführte sozialistische Fraktion im Bundesparlament zählt seit dem Wahlerfolg vom Juni 1957 25 statt früher 22 Mitglieder und ist weiter die drittstärkste Partei. Da aber der neue konservative Premier Diefenbaker keine parlamentarische Mehrheit hat, kommt der CCF geradezu eine Schlüsselposition zu. Die CCF lehnt jede Beteiligung an einer Koalition mit einer der beiden bürgerlichen Parteien (Liberale und Konservative) ab, ist aber bereit, die Regierung dort zu unterstützen, wo sie fortschrittliche und dem sozialistischen Programm entlehnte Wahlversprechungen in die Tat umsetzen will. Obwohl eine Minderheitspartei, die bisher noch keine Gelegenheit zur Mitverantwortung in einer Bundesregierung hatte oder suchte, hat sie dadurch, daß sie durch Jahrzehnte als das mahnende soziale Gewissen auftrat, die liberale Regierung der letzten 22 Jahre zu vielen gesetzgeberischen Maßnahmen zu zwingen verstanden. Ihrer Initiative entspringen die Einführung der Arbeitslosenversicherung und der Altersrenten, die Schaffung einer in öffentlichen Händen befindlichen Notenbank und die ersten Schritte in der Richtung einer Krankenversicherung.

Agrarsozialismus in Saskatchewan

Anders ist das auf der Provinzebene. In neun Provinzen steht die CCF in Opposition. Im westlichsten *Britisch-Kolumbien* ist sie die zweitstärkste Partei und stellt daher nach britischem parlamentarischem Brauch die «offizielle Opposition». In dieser stark industrialisierten Provinz sowie in der benachbarten, vorwiegend landwirtschaftlichen *Alberta* wäre der CCF zweifellos die führende Rolle zugefallen, wenn nicht die Partei der «Sozialkreditler», ein rein kanadisches Gewächs, etwa gleichzeitig mit der CCF auf den Plan getreten wäre. Sie gab sich ursprünglich recht antikapitalistisch (mit einem unklaren Programm, das etwa der Federschen «Brechung der Zinsknechtschaft» entsprach) und riß damit eine größere Zahl potentieller sozialistischer Wähler mit. Jetzt, da sie die Regierungsgeschäfte in *Britisch-Kolumbien* und *Alberta* führt, ist sie nichts als eine bürgerlich-konservative Gruppe, die von faschistisch-antisemitischen Anwandlungen nicht frei ist. 1944 ist es der CCF gelungen, die Mehrheit im Provinzialparlament von Saskatchewan zu erobern. Seither führt sie, bei späteren Wahlen immer wieder im Amt be-

stätigt, die Regierungsgeschäfte in dieser von etwa 900 000 Menschen bewohnten Provinz, die mit einer Fläche von 92 000 Quadratkilometern mehr als doppelt so groß ist als die Schweiz.

Die Leistungen der sozialistischen Provinzialregierung von Saskatchewan sind nach vielen Richtungen hin äußerst bemerkenswert, denn hier handelt es sich um eine Provinz fast ausschließlich landwirtschaftlichen Charakters, die keine großen Städte aufweist und nicht viel Industrie besitzt; erst in den letzten Jahren hat das Schürfen von Rohöl eingesetzt. Der Premierminister T. C. Douglas ist ein Priester, aber die meisten Mitglieder seiner Regierung sind Landwirte. Als die Partei 1944 47 der 52 Sitze im Provinzialparlament eroberte, waren 30 ihrer Parlamentarier aktive Bauern, eine die Frau eines Farmers, sechs waren Gewerkschaftsfunktionäre, und der Rest verteilte sich auf die verschiedensten Berufe. Das einzigartige an dieser sich im Zeichen des demokratischen Sozialismus vollziehenden Zusammenarbeit zwischen Landwirten und Arbeitern ist, daß es sich hier keineswegs um eine Bewegung kleinerer und mittlerer Bauern handelt, sondern daß in den Reihen der CCF die Farmer Saskatchewan schlechthin stehen, also auch Bauern mit einem recht großen Besitz, die sich davon überzeugt haben, daß die Interessen der manuellen Arbeiterschaft den ihren nicht entgegengesetzt sind. Angesichts des hohen Grades an Mechanisierung arbeiten im allgemeinen auch Besitzer größerer Landwirtschaften ohne fremde Arbeitskräfte. Der Agrarsozialismus, der von der CCF-Regierung in buchstabengetreuer Befolgung des Parteiprogramms und innerhalb der Grenzen, die die Verfassung Provinzialregierungen setzt, in die Tat umgesetzt wird, besteht vor allem in der Sicherung der Lebens- und Absatzmöglichkeiten der Weizenzüchter: Sicherung ihres Farmbesitzes gegen Verlust durch Verschuldung, Sicherung entsprechender und entsprechend stabiler Absatzpreise. Zugleich fördert die Regierung den freiwilligen Zusammenschluß der Landwirte zu Zweckgenossenschaften. Ein Bauer gehört gewöhnlich vier bis fünf verschiedenen Genossenschaften an, die in dem spärlich besiedelten Land durch gemeinsame Anstrengungen für Straßenbau und -erhaltung und viele andere Dinge sorgen. Der leitende Gedanke ist hier, die Farmer durch Erfüllung ihrer Forderungen zum Kampf für die Forderungen der Arbeiter zu gewinnen. In dem beschränkten Rahmen einer Provinz ist das zweifellos gelungen.

Gleichzeitig hat die CCF-Regierung die modernste Gewerkschaftsgesetzgebung Nordamerikas auf dem Boden Saskatchewan verwirklicht. Durch diese wurden kollektive Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen obligatorisch gemacht und die Möglichkeit der Enteignung von Betrieben im Falle der andauernden Verletzung von Arbeiterschutvorschriften eingeführt (von letzterer Möglichkeit wurde auch in einem Falle Gebrauch gemacht). In ihrer Funktion als Arbeitgeber hält sich die Regierung strikte an den Grundsatz der Verhandlungen mit den Gewerkschaften

als Partner. Infolgedessen hat sich bald nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die CCF die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Provinz mehr als verdoppelt. Neben einer Reihe sozialpolitischer Vorkehrungen ist insbesondere die Einführung eines staatlichen *Gesundheitsdienstes* mit freier Krankenhausbehandlung in Saskatchewan für Kanada bahnbrechend gewesen. Leider konnte der Berichterstatter während seines kurzen Aufenthaltes – Regina, die Provinzhauptstadt, ist von der Ostküste 2800 Kilometer entfernt – die Tätigkeit der Sozialisten in dieser Provinz nicht an Ort und Stelle studieren. Eine eingehende Analyse dieses einzigartigen Experiments wäre für europäische Sozialisten sicher von höchstem Interesse.¹

Eine internationale Partei

Mit Ausnahme der Sozialkreditler sind alle kanadischen politischen Parteien einwanderungsfreundlich, da sie wissen, daß der Aufschwung des Landes sehr wesentlich durch Zustrom von Einwanderern gefördert werden kann. In der CCF als der jüngsten der drei Parteien ist das «neukanadische» Element, besonders durch die Einwanderung englischer Sozialisten, vielleicht am stärksten vertreten. Alle drei Parteien werben natürlich um die Stimmen jener, die erst nach dem Krieg nach Kanada gekommen sind und jetzt das Wahlrecht erworben haben. Vielfach geschieht das in den Sprachen der Einwanderer (ukrainisch, polnisch, skandinavisch, deutsch). Die Konservativen, die übrigens unter ihren neugewählten Abgeordneten einen Chinesen haben, haben vor den Wahlen im Juni ihre Agitation in nicht weniger als acht Sprachen betrieben. Aber die Sozialisten sind die einzigen, die nicht nur Zulassung von Einwanderern, aber darüber hinaus ihren planmäßigen Einbau in die kanadische Wirtschaft verlangen – bisher werden sie meist dem Zufall überlassen –, und sie sind auch die einzigen, die bei den letzten Parlamentswahlen Einwanderer aus der Nachkriegszeit als Kandidaten aufstellten. Um den Einwanderern aus Europa in Kanada ein politisches Heim zu sichern, hat die CCF in der Provinz Ontario, die als Industrieland das Ziel der meisten Einwanderer ist, vor zwei Jahren einen eigenen «Ethnic Council» gegründet. Wenn auch keiner der «Neu-Kanadier», die 1957 als sozialistische Kandidaten fungierten, ins Bundesparlament gewählt wurde, haben sie der Partei doch viele neue Wähler zugeführt. Innerhalb der Partei selbst gibt es keine Vorrechte Alteingesessener und volle Betätigungsmöglichkeiten für Zuwanderer. So ist der Vorsitzende der Partei in der Provinz Ontario, die mehr

¹ Bisher hat es nur in einem sehr anregend geschriebenen und gründlichen Werk eines amerikanischen Professors eine Würdigung gefunden: Seymour Martin *Lipset*, *Agrarian Socialism, The Co-operative Commonwealth Federation in Saskatchewan, A Study in Political Sociology*, University of California Press, Berkeley and Los Angeles 1950. Das Buch behandelt leider nur die Entwicklung bis 1949 und bedürfte daher einer Ergänzung.

als dreimal so groß ist wie die Schweiz, Henry *Weisbach*, der bis 1938 als sozialdemokratischer Parteisekretär im nordböhmisches Warnsdorf wirkte. Im Parteisekretariat in Toronto arbeitet eine Angestellte, die aus Hannover stammt, mit einer Chinesin zusammen – und niemand findet das auch nur erwähnenswert.

Engländer und Franzosen

Ein schwacher Punkt der kanadischen Sozialisten ist ihre ungenügende Vertretung innerhalb der französisch sprechenden Bevölkerung, die mehr als 80 Prozent (von 4 000 000) der größten Provinz *Quebeck* ausmacht (Ontario ist kleiner, hat aber etwa 5 Millionen Einwohner). Das Vorwiegen des englisch sprechenden Elementes und eine daraus entstandene natürliche Zurückhaltung der französisch sprechenden Kanadier ihr gegenüber teilt die CCF mit vielen anderen kanadischen Institutionen, darunter zum Beispiel mit dem Gewerkschaftsbund, an dessen Spitze der Franzose *Claude Jodoin* steht, der aber seine stärksten Positionen in Ontario und Britisch-Kolumbien hat. Das Problem der Beziehungen zwischen französisch und englisch sprechenden Kanadiern ist kein für die Arbeiterbewegung spezifisches. Ob nun alles das Abfällige richtig ist das die englisch sprechenden Kanadier über die französisch sprechenden erzählen und umgekehrt, ist weniger wichtig als die Tatsache, daß die Franzosen, zumindest in Montreal, fast alle englisch zu sprechen und zu verstehen scheinen, während man das gleiche von der englischen Minderheit in dieser Stadt nicht sagen kann (auch die Neueinwanderer bemühen sich alle, im englischen Milieu aufzugehen, zumal die Franzosen, die Inzucht betreiben, wenig Interesse an ihnen haben). Die Franzosen fühlen sich als Nachkommen von Einwanderern, die vor den Vätern ihrer englisch sprechenden Mitbürger im Lande waren. Darum bringen sie Organisationen vorwiegend englischen Ursprungs von Haus aus Mißtrauen entgegen, das bei gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen bis vor kurzem überdies noch von der Propaganda der allmächtigen katholischen Kirche genährt wurde, deren Sprechern man jetzt nur mit Mühe die – an sich selbstverständliche – Erklärung abringen konnte, sie sehe zwischen CCF und Kommunismus keinen Zusammenhang. Den geduldigen Bemühungen der Parteifunktionäre in Quebeck, insbesondere der Vizepräsidentin der Partei, *Therèse Casgrain*, ist es bei den Juniwahlen gelungen, eine Erhöhung der sozialistischen Stimmenzahl zu erzielen. Ein parlamentarisches Mandat haben die kanadischen Sozialisten im französisch sprechenden Teil des Landes aber noch nicht erobern können. Hemmend wirkt sich auch das Fehlen eines Parteiorgans in französischer Sprache aus.

Zukunftshoffnungen der kanadischen Sozialisten

Die letzten Parlamentswahlen in Kanada haben im Zeichen einer beispiellosen Konjunktur stattgefunden, und man hat der CCF vorausgesagt, daß ihr

Appell an absolute soziale Gerechtigkeit unter diesen Umständen ungehört verhallen müsse. Sie hat nichtsdestoweniger an ihrem Programm festgehalten, demzufolge die Früchte der Konjunktur den arbeitenden Menschen voll zunutze kommen müssen, und sie hat damit allen Kassandrarufern von Mandatsverlusten zum Trotz Stimmen und Mandate gewonnen. Bei Beibehaltung ihres prozentualen Anteils an den Gesamtstimmen von 11,2 Prozent hat sie ihre Stimmenzahl von 636 000 (im Jahr 1953) auf 710 000 gesteigert. Dabei hat sich wegen der Kürze der Zeit der Umstand noch nicht voll ausgewirkt, daß sich der Kanadische Gewerkschaftsbund erstmalig offiziell für die Unterstützung der CCF ausgesprochen hat. Das geschah verhältnismäßig spät, da sich die Verschmelzung der beiden früher bestandenen zwei Gewerkschaftszentralen – eine davon beobachtete politische Neutralität – in eine einzige erst kurz vor den Wahlen vollzog.

Wie stehen die Zukunftsaussichten der kanadischen Arbeiterbewegung? Sie wird immer unter dem Handicap der riesigen Entfernungen zu leiden haben, die jede organisatorische Tätigkeit und jeden Wahlkampf gewaltig verteuern – im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien können die Sozialisten nur auf die Opferfreudigkeit und Begeisterung ihrer Anhänger rechnen. Kanada ist ein Land, das sich gegenwärtig in einem gigantischen Umformungsprozeß befindet, dessen Endergebnisse unabsehbar sind. Er führt aber jedenfalls zu einer stärkeren Industrialisierung. Das ist einer der Faktoren, die den Sozialdemokraten Kanadas Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Der andere ist der von vielen Beobachtern erwartete Niedergang der Liberalen Partei, von der angenommen wird, daß sie sich von ihrer Wahlniederlage vom Juni 1957 nicht erholen können. Die jetzige konservative Regierung Diefenbaker hat Neuwahlen ausschreiben lassen, um sich eine parlamentarische Mehrheit zu sichern, und wird zweifellos alle Anstrengungen machen, um die Provinz Quebeck zu erobern, die auch jetzt noch eine Hochburg der Liberalen ist. Wenn ihr das gelingt, mag der Weg frei werden für eine Entwicklung zum Zweiparteiensystem nach englischem Muster, in dessen Rahmen sich die CCF zur zweitstärksten Partei und zur Anwärterin auf die Macht im Bundesparlament, also zur «alternativen Regierung», entfalten könnte. Eine solche Entwicklung in Kanada wäre für den ganzen internationalen Sozialismus von größter Bedeutung.